

SOZIALPOLITIK in Bayern

DGB
Bayern

Nr. 02/2017 15. September 2017

#Sozialwahl bei der Barmer #Sozialpolitik in den Wahlprogrammen #Selbstverwaltertagung im November

Sozialwahl bei der Barmer – DGB-Liste wählen!

Großes bewegen.

Sozialwahl 2017 **DGB**

Die Abstimmung bei der Barmer markiert den Abschluss der Sozialwahlen 2017. Über 8 Mio. Versicherte sind aufgerufen, ihre Vertreterinnen und Vertreter in die Selbstverwaltung, konkret den Verwaltungsrat der Barmer zu wählen. Die Abstimmungsunterlagen dazu sind Anfang September versandt worden. Der Stimmzettel muss **bis spätestens zum 04. Oktober** per Post bei der Barmer eingegangen oder in einer der Geschäftsstellen abgegeben sein.

Der DGB setzt sich für eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung, die gerechte Verteilung der Kosten sowie gute Präventions- und Reha-Maßnahmen stehen dabei im Mittelpunkt. Der DGB tritt gemeinsam mit der IG BAU und der Gewerkschaft NGG mit einer eigenen Liste (Liste 6) an, um die Interessen der Versicherten zu vertreten. DGB wählen = Liste 6 wählen!

Informationen zu den Kandidaten und Listen finden sich hier: <https://www.barmer.de/ueberuns/2017-sozialwahl>

Sozialpolitik in den Wahlprogrammen

Mit diesem Newsletter geben wir einen Überblick, über die Positionen des DGB und dem was die Parteien im Bundestagswahlkampf im Themenfeld Soziales ankündigen.

Eine zentrale Anforderung des DGB an die Parteien ist die **Rückkehr zur Parität** in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Während die Wahlprogramme von CDU/CSU und FDP diesen Punkt offen lassen, sprechen sich SPD, Grüne und Die Linke für eine Abschaffung der Zusatzbeiträge für Versicherte aus.

Langfristig fordert der DGB die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung in eine **Bürgerversicherung** umzuwandeln, die alle Menschen einbezieht. CDU/CSU lehnen diese Forderung ab. Die FDP fordert mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und einen leichteren Wechsel zwischen GKV und Privater Krankenversicherung. SPD, Grüne und Die Linke sprechen sich dagegen für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung aus, in die auch Beamte, Selbstständige und ehemals privat Versicherte einzahlen.

Zur Verbesserung der finanziellen Basis der GKV fordert der DGB eine **vollständige Gegenfinanzierung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben** durch Steuern. Das betrifft vor allem die Investitionskosten der Krankenhäuser. In Bayern bestand 2013 ein Investitionsbedarf von 825 Mio. €. Im Landeshaushalt sind allerdings für die Jahre 2017 und 2018 nur jeweils 503 Mio. € eingeplant. Die Lücke von 300 Mio. € wird zunehmend durch die Behandlungskosten der Versicherten gedeckt. Leidtragende sind letztlich die Mitarbeiter und die Patienten in den Kliniken.

Im Wahlprogramm von CDU/CSU heißt es, man wolle für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser sorgen. Die Linke spricht sich für einen Abbau des Investitionsstaus aus, während die anderen Parteien diesen Punkt nicht erwähnen.

Allein in den Bayerischen Kliniken fehlen mindestens 21.000 Stellen. Bundesweit sind es insgesamt 162.000 fehlende Stellen. CDU/CSU schreiben dazu von einer besseren **Personalausstattung für Krankenhäuser**. SPD, Grüne und Die Linke wollen eine gesetzliche bzw. bundesweit verbindliche Grundlage für die Personalbemessung in Krankenhäusern und in der Pflege. Die FDP hat zu dieser Forderung keine Aussage im Wahlprogramm.

Eine **Pflegezeit für Angehörige**, die eine Freistellung von der Arbeit bei Lohnersatz für bis zu 3 Monate vorsieht, fordern SPD und Grüne. Bei den anderen Parteien finden sich keine Aussagen dazu.

Den **Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich** wollen CDU/CSU durch die Modernisierung der Ausbildung und die Abschaffung des Schulgeldes für Heilberufe bekämpfen. Die SPD verspricht ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege. Die Grünen wollen eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und eine kostenfreie Ausbildung aller Gesundheitsberufe. Die Linke will als eine Sofortmaßnahme einen Pflegemindestlohn von 14 €. Die FDP fordert eine angemessene Vergütung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und eine Rücknahme der generalisierten Ausbildung.

Mehr zu den Anforderungen des DGB an die Parteien im Bundestagswahlkampf findet ihr hier:

<http://www.dgb.de/themen/++co++8f8fff92-2e4b-11e7-ac00-525400e5a74a>

Gemeinsame Selbstverwaltertagung des DGB-Bayern in Nürnberg

Der DGB-Bezirk Bayern lädt die bayerischen Versichertenvertreter/innen in den Selbstverwaltungsgremien der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung zu einem Meinungs- und Informationsaustausch ein.

Diese Tagung findet am **21. November 2017 in Nürnberg** von ca. 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr statt. Bitte plant diesen Termin bereits in euren Kalendern ein.

Vorgesehen ist ein Austausch rund um aktuelle Fragen und Entwicklungen der Sozialversicherungssysteme. Dazu konnten wir bereits hochkarätige Referentinnen und Referenten gewinnen.

Einen Einblick in die Perspektiven der Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung gibt uns Markus Grunenberg von GKV-Spitzenverband.

Einen Blick auf die Rentenpolitik nach der Bundestagswahl und die aktuellen Koalitionsgespräche, gibt uns Markus Hoffmann, Abteilungsleiter in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Berlin.

Zu den Ergebnissen der Sozialwahlen 2017 und Reformperspektiven in der Sozialen Selbstverwaltung informiert Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern.

Bitte meldet euch **bis zum 07.11.2017** an. Das aktuelle Programm mit dem Anmeldebogen findet ihr unter folgendem Link:

<https://bayern.dgb.de/-/nct>

Bitte prüft vorab, ob die Reisekosten über den jeweiligen Sozialversicherungsträger abgerechnet werden können. Der DGB Bayern übernimmt die Tagungskosten und auch eure Reisekosten nach den geltenden Richtlinien, wenn sie nicht anderweitig übernommen werden können. Nicht erstattet werden kann der Verdienstaussfall.

Impressum:

DGB Bayern, Abteilung Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
V.i.S.d.P. David Schmitt, Schwanthalerstr. 64, 80336 München